

Sehr geehrte Frau Abgeordnete zum Nationalrat,
sehr geehrter Herr Abgeordneter zum Nationalrat !

Wie wenden uns an Sie im Zusammenhang mit der derzeitigen Vorgangsweise um das
Lehrerdienstrecht. Weder die Berichterstattung in den Medien - vor allem kleinformatiger Druckwerke -
noch die bekanntgewordene Diskussion im parteipolitischen und gewerkschaftlichen Bereich erfüllen die
Anforderungen an eine sogenannte Bildungsreform.

**Das Reduzieren auf Arbeitszeit und Gehaltsregelungen stellt eine unzulässige Verfälschung
tatsächlicher Bedürfnisse für LehrerInnen und SchülerInnen dar.**

Unserem politischen Verständnis nach stellt die kommende und hoffentlich intensive Beratung im
Parlament eine Chance dar, eine niveauvolle und sachliche Auseinandersetzung zu führen mit
hoffentlich zielführenden Ergebnissen im Sinne unserer Kinder und der Zukunft. Es stellt auch eine
Chance für den Stellenwert unseres Parlaments dar, sich zu emanzipieren und keine Abnickinstitution
für Parteizentralen und Machtstreitigkeiten zwischen Gewerkschaft und Regierung zu sein.

Auch für Ihre Partei wäre es bestimmt förderlich, die Behandlung im Parlament zu einer sachlich
qualifizierten, kompetenten Diskussion werden zu lassen. Viele Bürger haben oberflächliche
Scheingefechte, die am Kern des Problems vorbeigehen, satt.

Sehr gut trifft der nachfolgende Leitartikel der Salzburger Nachrichten vom 23.11.2013 die Situation.

Wir ersuchen Sie als Mandatar das Mögliche zu tun, um im Sinne unserer Ausführungen wirksam zu
werden und den Beschluss des Lehrerdienstrechtes am 17. Dezember 2013 abzulehnen und über die,
bei den Stellungnahmen angeführten Probleme nochmals zu beraten, entsprechend zu adaptieren und
zu einem späteren Zeitpunkt zu beschließen.

Vielleicht haben Sie selbst Kinder im schulpflichtigen Alter; dann werden Sie den Bedenken gegen das
neue Lehrerdienstrecht sicher folgen können. Verlangen Sie die Aufhebung des Clubzwanges bei
diesem für die (Aus-)Bildung unseres Landes so wichtigen und weit in die Zukunft reichenden Gesetz
und stimmen Sie nach Ihrem Gewissen und nicht nach den Vorgaben der Regierungsmitglieder ab.

Mit freundlichen Grüßen

Dipl.Ing. Bernhard Schleser, Obmann des Elternvereins am BG XVIII, Klostersgasse

LEITARTIKEL: Salzburger Nachrichten

Verhältnis zu den Lehrern überdenken

Von Manfred Perterer | 23.11.2013 - 05:27

Die Regierung hat sich verspekuliert und gemeint, dass ihr mit einer harten Politik gegen die Lehrer der
Applaus der Straße sicher ist.

In Sonntagsreden wird auf die Bedeutung der Bildung für unsere Gesellschaft hingewiesen. Sie sei für
unsere Wettbewerbsfähigkeit, für unsere gesellschaftliche Entwicklung, für unsere Zukunft insgesamt
wichtig. Was heißt wichtig - lebenswichtig!

Im krassen Widerspruch dazu steht das Verhalten gegenüber jenen Menschen, die für die Bildung der
Jugend zuständig sind. Lehrerinnen und Lehrer werden wie Aussätzige behandelt, wie die Faulpelze der
Nation, die für möglichst viel Geld möglichst wenig arbeiten wollen (Stichwort: Halbtagsjob), dafür aber
vier Monate Ferien feiern, praktisch unkündbar sind und sich möglichst früh in die Pension
verabschieden.

Früher einmal war Lehrersein noch etwas Besonderes. Die Pädagogen rangierten auf der Liste der angesehensten Berufe ganz oben, nur Ärzten und Priestern wurde mit größerem Respekt begegnet. Heute sieht es anders aus. Feuerwehrmänner und Krankenschwestern haben die Lehrer vom Stockerl verdrängt.

Wie eine Gesellschaft, allen voran Politik und Medien, mit ihren Lehrerinnen und Lehrern umgeht, sagt viel darüber aus, wie ernst sie ihre Jugend nimmt. Wenn diejenigen, die sich hauptberuflich um die jungen Menschen in diesem Land kümmern, nicht besonders ernst genommen werden, dann werden auch die Schüler nicht ernst genommen. Wer ständig auf die Lehrer hinhaut, haut auch auf die Jugend hin.

Die Voraussetzung für eine tatsächliche Bildungsreform in Österreich ist, dass wir unser Verhältnis zu den Lehrern überdenken. Die Gesellschaft vertraut ihnen das Wichtigste an, was sie hat: ihre Kinder. Gute Ausbildung kann nur mit den Lehrern gelingen, sicher nicht gegen sie.

Das heißt nicht, dass man Lehrer nicht kritisieren soll. Im Gegenteil. Diese Zeitung hat in der Vergangenheit immer wieder den Finger in offene Wunden des Bildungssystems gelegt. Aber Lehrer-Bashing um des Bashing willen bringt genauso wenig wie die Betonpolitik der Gewerkschaft. Das Land braucht einen neuen Bildungsvertrag zwischen Gesellschaft und Lehrerschaft, getragen von gegenseitigem Respekt und dem gemeinsamen Willen, das Beste für die Kinder zu wollen.

Davon sind wir derzeit weit entfernt. In der hitzigen Debatte zwischen Politik und Gewerkschaft geht es immer nur um Gehälter, um Pensionsregelungen, um Arbeitszeiten, um Studienabschlüsse, um Beamtenstatus oder Anrechnung von Vordienstzeiten. Im Vordergrund stehen Kosten und deren Verringerung.

Die Qualität des Unterrichts, die Inhalte, bessere Infrastruktur, also alles, was eine gute Schule ausmacht, spielen keine Rolle. In der Auseinandersetzung geht es um eine Machtprobe zwischen Regierung und Gewerkschaft, nicht um die Zukunft der Kinder.

Und doch war es gut, dass die Regierung nach jahrelangen Gesprächen einen Strich gezogen und einen Beschluss gefasst hat. Jetzt liegt endlich etwas auf dem Tisch, worüber öffentlich diskutiert werden kann. Jetzt muss die Lehrgewerkschaft ihre Bunkerhaltung aufgeben. Neinsagen und Streiken genügt nicht, jetzt müssen Alternativen zu den Vorschlägen der Regierung auf den Tisch.

Die sind ja tatsächlich diskussionswürdig. Etwa die Idee, Technikern, die nach zwanzig Jahren Erfolg im Beruf ihr Fachwissen an HTL-Schüler weitergeben wollen, keine Vordienstzeiten anzurechnen. Glaubt jemand am Ballhausplatz ernsthaft, dass man noch einen einzigen erfahrenen Diplomingenieur finden wird, der sich um knapp 2000 Euro brutto in den Dienst unseres ausgezeichnet funktionierenden berufsbildenden Schulsystems stellen wird?

Diskutiert werden sollte auch die Absicht, dass Grundschullehrer nach ihrem Basisstudium gleich vom ersten Tag an und nicht erst später gleich viel verdienen sollen wie Gymnasiallehrer, oder die Schnapsidee, dass Turnlehrer ihre Mathematikkollegen vertreten sollen.

Das sind nur drei Beispiele dafür, wo die Regierungsvorlage nachgebessert werden könnte. In die richtige Richtung geht die Überlegung, die Schulverwaltung endlich zu vereinheitlichen. Der Bund will sich aus der Schule zurückziehen und die Führung den Ländern übertragen. Damit wären mit einem Schlag Hunderte Verwaltungsposten eingespart. Für die Qualität des Unterrichts wäre aber auch damit noch nichts gewonnen.

Die Regierung hat sich verspekuliert und gemeint, dass ihr mit einer harten Politik gegen die Lehrer der Applaus der Straße sicher ist. Jetzt ist es nicht so, dass die Lehrer den Bürgern besonders leidtäten. Aber sie spüren die Absicht und sind verstimmt. Bloß den Lehrern eins auszuwischen, aber nicht viel mit einer besseren Schule im Sinn zu haben, dafür sind die Bürger nicht zu gewinnen.